

Offener Brief

an die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Herausforderungen für die Polizei werden auch künftig wachsen. Schon deshalb brauchen wir gemeinsam eine starke Stimme der GdP, eine GdP, die parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral agiert.

Wenn nun in einer Erklärung der GdP vom 19. Juni 2014 („Streit um ‚Demonstrationskultur‘ nicht auf dem Rücken der Polizei austragen!“) im Zusammenhang der Befassung des Innenausschusses des Landtages mit dem Demonstrationsgeschehen am 8. Mai diesen Jahres in Demmin die Haltung der LINKEN als „nicht nachvollziehbar“ charakterisiert wird, dann erfordert parteipolitische Unabhängigkeit einige Klarstellungen, Ergänzungen, kritische Anmerkungen.

Erstens ging und geht es der Fraktion DIE LINKE nie darum, fachliche oder politische Streitfragen „auf dem Rücken der Polizei“ auszutragen, die Protokolle des zuständigen Innenausschusses sprechen hier eine ganz andere Sprache. Und bei notwendigen kritischen Fragen zum 8. Mai in Demmin standen gerade nicht die Handlungen einzelner Polizeibeamtinnen und -beamter im Fokus, sondern das Einsatz- und Sicherheitskonzept sowie die Gefahrenanalyse, auf deren Grundlage diese in den Einsatz geschickt worden sind.

Zweitens hatte die Fraktion DIE LINKE sehr frühzeitig um ein klärendes Gespräch zwischen Innenminister und Fraktion gebeten, letztlich vergeblich, weil unsere Fraktionssitzungen bekanntlich öffentlich sind (§ 8 Absatz 6 Geschäftsordnung der Fraktion). Die Befassung des Innenausschusses mit den Vorgängen am 8. Mai in Demmin wurde im Übrigen aus Reihen der Regierungskoalition für dringend erachtet und beantragt.

Dem Wunsch der demokratischen Opposition nach öffentlicher Behandlung mochte hingegen auch die Koalition nicht folgen. Warum eigentlich nicht?

Der Gegenstand ist von öffentlichem Interesse und wird öffentlich diskutiert, Presseerklärungen aus Kreisen der Polizei zeugen ebenfalls von dem Wunsch, mit ihren Auffassungen nicht hinter dem Berg halten zu wollen. Die GdP bzw. ihr Landesvorstand wären jedenfalls bei einer öffentlichen Sitzung des Innenausschusses nicht auf „einige Verlautbarungen“ angewiesen gewesen und hätten sich selbst ein parteipolitisch neutraleres Bild machen können.

Drittens verstehe ich unter „mehr Unterstützung für die Polizei“ auch ein kritisches Hinterfragen von Polizeieinsätzen. Und die Beratung des Innenausschusses hat nicht nur für mich gezeigt, dass neben zahlreichen weiter zu klärenden Einzelfragen der Polizeieinsatz mit Heranführen von Wasserwerfern und Diensthundestaffeln weder der Gefahrenprognose noch dem tatsächlichen Demonstrationsgeschehen entsprochen hat. Im Gegenteil, dieses Szenario führte zu einem „Aufheizen der Stimmung“, wie es u.a. von Vertretern der IG Metall vor Ort formuliert wurde.

Und auch die der Öffentlichkeit dargestellten „erheblichen Verletzungen“ von Beamtinnen und Beamten, zu denen ich bereits den GdP-Landesvorsitzenden um Aufklärung gebeten hatte, konnten nicht belegt werden. Vielmehr musste durch die Polizeiführung eine teilweise überzogene Darstellung eingeräumt werden.

Viertens, schließlich halte ich an der Forderung nach einer neuen Demonstrationskultur in unserem Land fest. Selbstverständlich schließt dies für die Fraktion DIE LINKE Friedlichkeit von Demonstrationen in Wort und Tat ein. Hier haben wir insgesamt noch Einiges zu leisten.

Diese Kultur lässt sich selbstverständlich nicht auf dem Rücken unserer Polizistinnen und Polizisten oder gegen diese, aber auch nicht ohne ihr aktives Mittun herstellen. Und hier sind GdP, GdP-Landesvorstand und GdP-Landesvorsitzender ebenso gefragt wie Landespolitik.

Demokratie und Toleranz sollten wir weiterhin gemeinsam stärken.



Peter Ritter
Innenpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE
im Landtag Mecklenburg-Vorpommern